

Liebe Leserinnen und Leser,

ein letztes Mal in Straßburg - zumindest für mich, in meiner Funktion als Europaabgeordnete. Wenn das Parlament im Juli das nächste Mal tagt, wird mein Mandat bereits zu Ende sein. Bestimmt reise ich dann als ehemalige Abgeordnete noch einmal an, um meinen Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg für die nächste Legislaturperiode zu wünschen und ein paar offene Dossiers zu besprechen. Schließlich hat mir die Arbeit in Brüssel und Straßburg immer viel Freude bereitet.



Inhaltlich haben wir uns diese Woche unter anderem mit der Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie beschäftigt. Die Luftqualität in der EU hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte stetig verbessert. Trotzdem bestreitet niemand, dass wir auch weiterhin an einer besseren Luftqualität arbeiten müssen. Dabei dürfen wir aber das Maß nicht überspannen. Statt kaum erreichbare Richtwerte brauchen wir realistische und wissenschaftlich fundierte Ziele und praktische Lösungen. Leider sah das die Mehrheit im Plenum anders.

Außerdem stand die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter auf der Agenda. Für etwa 28 Millionen Plattformarbeiter in Europa, also Uber-Fahrer, Lieferando-Kuriere und andere, die über digitale Plattformen ihr Geld verdienen, verbessern sich zukünftig die Arbeitsbedingungen. Mit der neuen EU-Richtlinie sollen Scheinselbstständigkeit und prekäre Arbeitsbedingungen effektiver bekämpft werden. Ebenso soll beim Einsatz von Algorithmen mehr Transparenz geschaffen und die Daten von Plattformarbeitern sollen besser geschützt werden. Hierfür gab es eine sehr hohe Zustimmung.

Am Dienstag wurde ein Mitarbeiter des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krahe wegen schwerwiegender Spionagevorwürfe verhaftet. Erst Russland, jetzt wieder China. Die Verbindungen des AfD-Europaabgeordneten und Spitzenkandidaten für die Europawahl Maximilian Krahe zu diesen autoritären Regimen waren schon vor den heutigen Vorwürfen besorgniserregend. Dass nun jedoch einer seiner engsten Mitarbeiter wegen des Verdachts der Spionage für China verhaftet wurde, setzt dem Ganzen die Krone auf. Die Vorwürfe müssen so schnell wie möglich lückenlos aufgeklärt werden. Die AfD zeigt damit einmal mehr ihr wahres, unpatriotisches Gesicht. Wer bei der Europawahl AfD wählt, wählt mehr Einfluss Russlands und Chinas.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre dieses letzten Newsletters, zumindest aus Straßburg! Danke, dass Sie meine Arbeit in Europa und daheim in den letzten fünf Jahren intensiv begleitet haben.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Agrarbilanz der EVP-Fraktion

Keine andere Partei hat sich in diesen fünf Jahren so sehr um die Zukunft unserer Landwirte und damit auch um eine sichere und ausreichende Versorgung für unsere 440 Mio. Bürger in Europa gekümmert. Erst Covid und dann der brutale Krieg in der Ukraine haben uns vor Augen geführt, wie wichtig stabile und bezahlbare Energie- und Ernährungssicherung aus der Heimat sind. Auch die Themen Gesundheit und Arzneimittelversorgung sowie Cybersicherheit und Verteidigungsfähigkeit bleiben weiter ganz oben auf unserer Agenda.

Heute haben wir als Partei der Bauern ein Alleinstellungsmerkmal, weil wir sie ernst nehmen. Die Demonstrationen in ganz Europa waren letzte Hilferufe und wir haben aktiv geholfen, Mehrheiten gesucht und gefunden. Heute haben wir über ein großes Vereinfachungs- und Entlastungspaket in der letzten Sitzungswoche in Straßburg abgestimmt. Zu den wichtigsten von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen gehören eine Lockerung und Vereinfachung einiger Konditionalitätsregeln für GAP-Begünstigte. Auf unseren permanenten politischen Druck werden wir nun die aktuelle GAP - die Gemeinsame Agrarpolitik - von der Pflicht zur Flächenstilllegung befreien. Landwirte können weiter auf freiwilliger Basis ihre Flächen stilllegen, aber nicht mehr verpflichtend. Dafür werden sie auch entschädigt!

Darüber hinaus haben wir die Vorschläge der EU-Kommission über die Wiederherstellungsmaßnahmen und Pflanzenschutzmittel im Sinne der europäischen Landwirtschaft verhindert. Diese Vorschläge waren von Beginn an ideologisch motiviert, praktisch undurchführbar und eine Katastrophe für Landwirte, Waldbesitzer, Fischer und lokale Behörden. Wir als EVP-Fraktion möchten den Verlust der biologischen Vielfalt stoppen. Das können und müssen wir besser gemeinsam mit allen Beteiligten, mit den Land- und Forstwirten, der Fischerei, den Naturschutzverbänden und mit allen Bürgerinnen und Bürgern!

Unser Motto heißt „Lust auf Landwirtschaft machen, weg mit Bürokratie ohne Mehrwert! Denn wir brauchen unsere bestens ausgebildeten Junglandwirte, sie sind Basis für die besten Lebensmittel, die wir im weltweiten Vergleich erzeugen. Wir haben etliche Gesetze verbessert bzw. wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Niemand außer uns hat sich gekümmert, dass Holzbiomasse weiterhin verheizt bzw. nachhaltig verwendet werden darf. Die sogenannten Kaskadennutzungen werden in der Forstwirtschaft automatisch gelebt. Denn bestes Bauholz verkauft der Waldbauer nicht als Brennholz, sondern dorthin, wo er den besten Ertrag erwirtschaften kann. Das ist gelebte Praxis. Da braucht es keine starren und sturen Gesetze.

Die EU-Farm-to-Fork-Strategie der EU-Kommission würde ohne die Verbesserungen der EVP-Fraktion fatale Preiserhöhungen in der EU und einen drastischen Rückgang der Lebensmittelproduktion mit sich bringen. Als Beispiel würde die Rinderproduktion um 20%, Milchproduktion um 6,3%, Getreide um 21,4% und Ölsaaten um 20% zurückgehen.

Leider hat sich diese ausufernde Gesetzesmaschinerie wie ein roter Faden über die fünf Jahre gezogen. Vizekommissionspräsident Timmermanns und seine Umweltkollegen waren kaum zu bremsen und hatten die Meinung der Medien oft auf ihrer Seite. Ich möchte von Medien informiert und nicht erzogen werden. Wie hat schon Kurt Tucholsky gesagt: „Das Volk versteht das Meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig!“ Gerade beim Umgang mit Manfred Weber vergessen die Menschen schnell, aber nicht alles. Bis heute sagen sie

uns: „Das war nicht fair, wir wollten ihn als Kommissionspräsidenten. Dass Macron und Orban ihn verhindert haben und Timmermanns gleichzeitig vier Wochen lang untergetaucht war und damit Gespräche und Lösungen verhinderte, ist bekannt!

Und genau deshalb braucht die CSU mit Manfred Weber an der Spitze unsere Stimmen bei der Europawahl am 09.06.2024! Jetzt erst recht, wir brauchen ihn! Wir zählen auf Sie, sagen Sie es weiter! Das ist die Voraussetzung, damit Ursula von Leyen vom neu gewählten EU-Parlament wieder die Mehrheit der Stimmen erhält.

Beschluss über GAP-Erleichterungen

Das Europäische Parlament hat am 24. April eine große Zahl an Anpassungen der Konditionalitätsanforderungen für die Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angenommen, welche die Europäische Kommission Mitte März präsentiert hatte. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments:

"Die heutige Entscheidung ist ein großer Erfolg für die europäische Landwirtschaft. Die Stilllegungsverpflichtung für die gesamte laufende GAP-Periode bis Ende 2027 ist aufgehoben. Das war im Hinblick auf den Ukrainekrieg und die weltweite Ernährungssicherheit überfällig.

Bei den Konditionalitätsstandards zum Fruchtwechsel, zur Mindestbodenbedeckung und zum Erosionsschutz gibt es massive Flexibilität für die Mitgliedstaaten. GLÖZ-Kontrollen für Betriebe bis 10 ha werden abgeschafft. Dies alles stellt eine erhebliche Bürokratie-Erleichterung für unsere Bäuerinnen und Bauern dar.

Die Kommissionspräsidentin hat Mitte März Führungsstärke bewiesen und ein deutliches Zeichen für die europäische Landwirtschaft gesetzt. Der Rat der EU und vor allem eine Mitte-Rechts-Mehrheit im Europäischen Parlaments haben gezeigt, dass sie die Bedenken der Landwirte ernst nehmen und wirkungsvoll sowie effizient zusammenarbeiten können, wenn dies notwendig ist. Anders ausgedrückt: Brüssel und die EVP haben die Proteste der Landwirtinnen und Landwirte gehört und geliefert.

Jetzt liegt es an den nationalen Regierungen. Den Bundeslandwirtschaftsminister fordere ich hiermit auf, die heutigen Beschlüsse in Deutschland 1:1 umzusetzen. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. Hier erwarte ich eine klare Positionierung des Ministers, vor allem auch gegen seine Parteikollegen sowie Teile der Sozialdemokraten hier in Brüssel, welche die Vorschläge heute abgelehnt haben."

Hintergrund:

Die EVP hatte seit Monaten Forderungen in Richtung der Europäischen Kommission angebracht, Änderungen an der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorzunehmen, welchen diese Mitte März nachkam. Um die GAP-Unterstützung zu erhalten, auf die sie Anspruch haben, müssen die Landwirte eine Reihe von Konditionalitäten einhalten, die der Umwelt und dem Klima zugutekommen. Diese grundlegenden Standards werden als GLÖZ bezeichnet, was "guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand" bedeutet. Diese Vorhaben sollen nun gelockert werden, weil sie die Landwirte in der praktischen Umsetzung vor enorme bürokratische und praktische Herausforderungen gestellt haben. Mit der heutigen Ent-

scheidung werden den Mitgliedstaaten in der EU die Möglichkeit geboten, ihre Landwirtinnen und Landwirte von diesen Verpflichtungen zu befreien und trotzdem ihre GAP-Basisdirektzahlungen zu erhalten. Das ganze Vorschlagspaket wurde in einem schnellen Gesetzgebungsverfahren zwischen Europäischer Kommission, Rat der EU und Europäischem Parlament verabschiedet.

Trilogergebnis zum europäischen Gesundheitsdatenraum

Vertreter von Europaparlament und Mitgliedstaaten haben in der Nacht auf den 15. März eine politische Einigung für die Schaffung eines europäischen Gesundheitsdatenraumes erzielt. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europaparlament:

„Der Europäische Gesundheitsdatenraum ist ein Quantensprung für Patientinnen und Patienten. Künftig haben Patientinnen und Patienten über das Smartphone oder die elektronische Gesundheitskarte von überall aus Zugriff auf ihre eigenen Gesundheitsdaten und können sie problemlos mit Ärzten teilen. Durch die Einführung der neuen digitalen Patientenakte werden Arztbesuche in anderen Mitgliedstaaten vereinfacht. Wer schon einmal einen medizinischen Notfall im Ausland hatte, weiß, wie schwierig es ist, den behandelnden Mediziner über Vorerkrankungen, Medikamente oder Allergien zu informieren. Mit der digitalen Patientenakte können Medikationspläne, medizinische Bilder oder Laborergebnisse einfach mit Ärzten geteilt werden. Patientinnen und Patienten werden selbst entscheiden können, wer auf ihre Gesundheitsdaten zugreifen darf, welche Informationen eingesehen werden können und welche Daten privat bleiben sollen.“

Peter Liese (CDU), gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die Schaffung des Europäischen Gesundheitsdatenraums ist die wichtigste Entscheidung zum Schutz der Gesundheit in der Europäischen Union seit vielen Jahren, wenn nicht überhaupt. Mit den neuen Regeln wird der Austausch von Gesundheitsdaten für Patienten europaweit möglich gemacht. Wir können im Ausland, wenn wir das wollen, unkompliziert unsere medizinischen Daten wie zum Beispiel Vorerkrankungen oder Allergien weitergeben, und diese werden auch mit Hilfe von künstlicher Intelligenz sofort übersetzt. Das wird viele Menschenleben retten, da die behandelnden Ärzte die Situation dann viel besser einschätzen können und Fehldiagnosen und Missverständnisse vermieden werden können. Mit dem neuen EU-Gesundheitsdatenraum bringen wir auch die medizinische Forschung deutlich voran. Durch die Sekundärnutzung der Daten in anonymisierter Form, ohne dass die Daten einem Namen zugeordnet werden können, ermöglichen wir Forscherinnen und Forschern die effektive Nutzung dieser Daten aus ganz Europa nach einheitlichen Datenschutzkriterien.“

Annahme des Lieferkettengesetzes im Rat

Zur Annahme des europäischen Lieferkettengesetzes im Rat erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Der Last-Minute-Aufstand der FDP war ein reiner PR-Gag und konnte das europäische Lieferkettengesetz nicht verhindern. Schlimmer noch, durch dieses Manöver war die Ampel-Regierung bei sämtlichen weiteren Verhandlungen außen vor. Dieser Schlingerkurs hat dem Ansehen Deutschlands in der EU massiv geschadet.

Die Richtlinie wird für europäische Unternehmen zu Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteilen führen, da in jedem EU-Land dann andere Gesetze gelten. Es droht ein Flickenteppich bei der Umsetzung der Vorgaben. Dies schwächt die europäische Wirtschaft insgesamt, vor allem wenn in anderen Teilen der Welt weitaus niedrigere Standards gelten.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Heute ist ein schlechter Tag für die europäische Wirtschaft. Dieses Lieferkettengesetz, wie es jetzt beschlossen worden ist, ist trotz weiterer Kompromisse für kleine und mittelständische Unternehmen eine Katastrophe. Für sie droht noch mehr Bürokratie. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist bereits durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und hohe Bürokratielast unter Druck. Mit dem Lieferkettengesetz setzen wir nun noch eins drauf.

Zudem ist fraglich, ob der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt durch dieses Gesetz tatsächlich weltweit stärker durchgesetzt wird. Unternehmen könnten sich aufgrund der Vorlagen auch aus Entwicklungsländern zurückziehen. Wenn Unternehmen aus anderen Ländern, wie beispielsweise China, diese Lücken füllen, wäre am Ende niemandem geholfen. Wir werden alles tun, um das Gesetz in der finalen Abstimmung im Parlament in dieser Form zu verhindern.“

Parlament stimmt Lieferkettengesetz zu

Das Plenum hat am 24. April das europäische Lieferkettengesetz endgültig beschlossen. Dazu erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Das Lieferkettengesetz wird für europäische Unternehmen zu Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteilen führen, da in jedem EU-Land dann andere Gesetze gelten. Von einheitlichen Regeln ist keine Spur, dafür ist ein Flickenteppich bei der Umsetzung programmiert. Damit schwächen wir die europäische Wirtschaft insgesamt, vor allem wenn in anderen Teilen der Welt weitaus niedrigere Standards gelten. Das kann nicht in unserem Sinn sein. Die EU hat es sowieso bis zuletzt verschlafen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die jüngste Blockade der FDP war nichts anderes als ein PR-Gag. Deutschlands Ruf als verlässlicher Partner auf EU-Ebene hat damit erneut Schaden genommen. Die Bundesregierung hätte rechtzeitig mit einer abgestimmten Position intervenieren müssen. Dann hätte man das Schlimmste verhindern können.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Heute ist ein schlechter Tag für die europäische Wirtschaft. Trotz weiterer Kompromisse für kleine und mittelständische Betriebe geht das europäische Lieferkettengesetz immer

noch viel zu weit. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist bereits durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und hohe Bürokratielast unter Druck. Mit dem Lieferkettengesetz setzen wir jetzt noch eins drauf.

Zudem ist fraglich, ob der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt durch dieses Gesetz tatsächlich weltweit stärker durchgesetzt wird. Unternehmen könnten sich aufgrund der Vorlagen auch aus Entwicklungsländern zurückziehen. Wenn Firmen aus anderen Ländern, wie beispielsweise China, diese Lücken füllen, wäre am Ende niemandem geholfen.“

Positionierung zur Kleinanlegerstrategie

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung hat sich am 20. März zur Kleinanlegerstrategie positioniert. Dazu erklärt **Ralf Seekatz (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Die Kleinanlegerstrategie soll als ein zentrales Element der Kapitalmarktunion das Vertrauen der Anleger in die Kapitalmärkte stärken. Nur wenn wir die Teilnahme von Kleinanlegern an den Kapitalmärkten der EU signifikant erhöhen, können wir den hohen Kapitalabfluss aus der EU kompensieren und Kapital erschließen, das zur Finanzierung des Green Deals und anderen Projekten dringend benötigt wird. Gleichzeitig können europäische Anleger die vergleichsweise hohen Sparquoten nutzen, um am Kapitalmarkt höhere Renditen zu erzielen und dadurch besser fürs Alter vorzusorgen.

Gerade in schwierigen Zeiten für Finanzmärkte war es uns dabei wichtig Bürokratie abzubauen und nicht neue bürokratische Hürden zu schaffen, die unsere Banken, Sparkassen und Versicherungen vor unlösbare Aufgaben gestellt hätten.

In zähen Verhandlungen konnten wir letztendlich ein Provisionsverbot verhindern. Verbote sind in einer freien Marktwirtschaft keine Lösung. In diesem Fall hätten wir genau das Gegenteil erreicht. Erfahrungen aus Staaten mit einem Provisionsverbot wie den Niederlanden oder dem Vereinigten Königreich haben gezeigt, dass Provisionsverbote zu einer Beratungslücke geführt haben und Anleger mit geringerem Kapital keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt haben oder nur noch in riskante Produkte investieren.

Wir haben hingegen mit einem ambitionierten Preis-Leistungs-Verhältnis dafür gesorgt, dass Anlegerschutz gestärkt wird und überteuerte und ineffiziente Produkte gar nicht mehr auf den Markt kommen, beziehungsweise wieder vom Markt genommen werden.“

Positionierung zum Pharma-Paket

Das Plenum hat sich am 10. April zum Pharma-Paket positioniert. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wir müssen unbedingt handeln, damit weniger Menschen an antibiotikaresistenten Keimen sterben. Es ist ein Skandal, dass 35.000 Menschen jährlich - Tendenz steigend - in der Europäischen Union sterben, weil Antibiotika ihre Wirkung verlieren.

Dagegen gehen wir jetzt mit zwei wichtigen Ideen vor. Erstens, der Einsatz von Antibiotika soll strenger reguliert werden. In der Regel sollte vor der Verabreichung eines Antibiotikums eine Diagnostik erfolgen. Wenn dies nicht möglich ist, weil zum Beispiel ein Notfall vorliegt und die Diagnostik zu lange dauern würde, muss dies begründet werden. In vielen Praxen ist eine solche Diagnostik bis heute nicht der Fall. Dabei gibt es mittlerweile auch dank Unterstützung der Europäischen Union Schnelltests, die zumindest einen groben Hinweis geben. Diese Tests müssen stärker eingesetzt werden und vom Gesundheitssystem der Mitgliedstaaten auch finanziert werden.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist ein Anreizsystem, um neue Antibiotika auf den Markt zu bringen. In den letzten Jahrzehnten gab es praktisch keine neuen Antibiotika. Dies liegt daran, dass aus gutem Grund neue Antibiotika sehr restriktiv eingesetzt werden. Sie gehören im Prinzip in den Panzerschrank. Wenn von einem Medikament allerdings nur wenige Verpackungen verkauft werden können, dann gibt es in der Regel keine Refinanzierung für die Kosten, die bis zu einer Milliarde Euro betragen können. Das Parlament unterstützt im Wesentlichen einen Vorschlag der Europäischen Kommission, der ein Gutschein-System vorsieht. Unternehmen, die ein neues Antibiotikum auf den Markt bringen, erhalten ein Voucher, das sie auch an andere Firmen verkaufen können. Das heißt, das Antibiotikum wird zwar nur in kleiner Stückzahl verkauft, aber andere Medikamente, die in größerer Stückzahl verkauft werden können, erhalten dann, wenn die Firma diesen Gutschein verkauft, ein Jahr länger Marktexklusivität. Das heißt, Generika kommen entsprechend später auf den Markt.

Ich bin sehr froh, dass sich der Vorschlag trotz Kritik der Mitgliedstaaten und von Kostenträgern durchgesetzt hat. All die Kritiker hatten kein überzeugendes Alternativkonzept, wie wir die 35.000 Menschenleben retten können. Selbst wenn wir Antibiotika ab morgen in Tiermedizin und Humanmedizin extrem restriktiv einsetzen, werden die Resistenzen nicht verschwinden und wir brauchen neue Antibiotika. Deswegen ist das Kostenargument nicht zielführend. Ich finde es ist nicht verantwortlich, den Angehörigen dieser vielen Toten in den nächsten Jahren zu sagen, 'wir hätten zwar einen Vorschlag gehabt, aber es war uns zu teuer'."

Hintergrund:

Die Parlamentsposition sieht außerdem vor, den Einsatz von Antibiotika, wie dies in der Tiermedizin bereits geschieht, auch in der Humanmedizin in Zukunft zu überwachen. Aus dieser Überwachung sollen konkrete Hinweise für die Mitgliedstaaten erarbeitet werden. Weiterhin soll jedem Antibiotikum eine Awareness-Karte beigelegt werden. Damit wird Patientinnen und Patienten klar und eindeutig signalisiert, dass sie die Antibiotika nur einnehmen dürfen, wenn sie ihnen persönlich verschrieben wurden und dass sie auch die vorgeschlagene Dauer der Therapie unbedingt einhalten müssen, um Resistenzbildung zu vermeiden. Zudem soll europaweit festgeschrieben werden, dass Antibiotika in jedem Land verschreibungspflichtig sind. Dies war bisher nicht flächendeckend der Fall.

Neuer Asyl- und Migrationspakt

Das Europäische Parlament hat am 10. April den neuen Asyl- und Migrationspakt verabschiedet. Dazu erklärt **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

"Das heutige Votum ist ein historischer Moment für Europa und ein Meilenstein für ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Der Pakt setzt ein Zeichen der Solidarität und sendet ein klares Signal nach innen wie nach außen, dass Europa handlungsfähig und willens ist, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden. Mit der Einigung erzielen wir auch einen Triumph europäischer Werte über politische Stagnation und Boykott.

Die neuen Regeln schaffen ein faires und effizientes Asyl- und Migrationssystem, welches angesichts der enormen Herausforderungen der Migration zukunftsfähig ist. Wir haben heute einen bedeutenden Schritt getan für mehr Humanität und Ordnung, an und innerhalb unserer gemeinsamen Grenzen. Es gilt, die Kontrolle über die EU-Außengrenzen wiederzugewinnen und den Migrationsdruck auf die Europäische Union zu reduzieren. Wir können nicht zulassen, dass Schleuser, Kriminelle und verbrecherische Regimes entscheiden, wer nach Europa kommt. Diesem zynischen Treiben zum Schaden der Schwächsten und Schutzbedürftigen bereiten wir ein Ende. Der neue Pakt setzt auf klare und faire Verfahren, stärkt die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und sorgt für eine effiziente Rückführung von Personen ohne Aufenthaltsrecht in der EU. Eine lückenlose Identifizierung, Registrierung und Sicherheitsüberprüfung bereits an den Außengrenzen ergänzt die Maßnahmen.

Die heutige Zustimmung unterstreicht unser festes Engagement für ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Ein Europa, das Schutz bietet und Ordnung wahrt. Ein Europa, das wehrhaft und gewappnet ist. Die Einigung ist ein bedeutender Schritt über die Migrationspolitik hinaus und stärkt unsere europäische Identität und Solidarität."

Hintergrund:

Nach langjährigen politischen Verhandlungen hat das Europäische Parlament heute eine wegweisende Einigung im Bereich Asyl und Migration erzielt. Der neue Pakt, der aus fünf neuen Gesetzen besteht, zielt darauf ab, die Migration nach Europa besser zu steuern, eine ordnungsgemäße Einreise und Registrierung zu ermöglichen und sicherzustellen, dass EU-Regierungen entscheiden, wer nach Europa einreisen darf. Die Zustimmung zum neuen Asyl- und Migrationspakt markiert einen historischen Meilenstein in der Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, das auf Fairness, Solidarität und Verantwortung basiert.

Überarbeitung der CO₂-Flottengrenzwerte für LKW und Busse

Am 10. April hat das Plenum die politische Einigung zur Überarbeitung der CO₂-Flottengrenzwerte für LKW und Busse bestätigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer für die EVP:

„Viel heiße Luft, wenig Substanz. Das ist wohl die Kurzzusammenfassung der Verhandlungstaktik von Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Erneut wacht er viel zu spät auf, torpediert dann die Verlässlichkeit Deutschlands als Verhandlungspartner und erreicht am Ende trotzdem nichts. Erneut lässt er sich mit einem rechtlich nicht bindenden Erwägungsgrund abspeisen.

Eine Garantie, dass Fahrzeuge, die nachweislich mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betrieben werden, in Zukunft zugelassen werden können, ist das aber nicht. Den nicht nur ist der

Erwägungsgrund rechtlich nicht bindend, sondern er enthält auch nur eine Prüfbitte an die Kommission. Wie viel so etwas wert ist, zeigt der Blick auf die Flottengrenzwerte für PKW. Auch hier hat Wissing für einen Erwägungsgrund dem Verbrennerverbot ab 2035 zugestimmt. Das Verbrennerverbot 2035 kommt, der Vorschlag jedoch hängt in technischen Gremien fest.

Das heute verabschiedete Gesetz ist eine verpasste Chance. Wie schon bei den Flottengrenzwerten für PKW, wird erneut die Tür für Technologieoffenheit zugeschlagen. Das ist ein Glücksspiel, bei dem die europäische Industrie nur verlieren kann. Die Einsatzfelder für LKW und Busse variieren stark. Daher hätten wir alle Optionen auf dem Tisch gebraucht. Heute ist ein schlechter Tag für den Industriestandort Europa.

Zur fehlenden Technologieoffenheit kommen die unrealistischen Reduktionsziele für Anhänger- und Aufliegerproduzenten. Die Ziele werden in der Praxis schlicht nicht erreichbar sein. Damit drohen den mittelständischen Produzenten, die gerade in Deutschland stark vertreten sind, horrenden Strafzahlungen. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird billigend in Kauf genommen. Die SPD fällt als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen erneut völlig aus.

Wir haben in diesem Gesetzgebungsverfahren von Anfang an klare Positionen bezogen: Als CDU/CSU-Gruppe hätten wir die von der Kommission vorgeschlagenen Reduktionsziele mitgetragen. Bedingung war aber, dass wir keine Technologie ausschließen und realistische Ziele für Anhänger- und Aufliegerproduzenten beschließen. Diese Bedingungen sind nicht erfüllt worden. Daher konnten wir diesem schlechten Kompromiss heute leider nicht zustimmen.

Dieses Gesetz gehört zeitnah nach der Europawahl erneut auf den Prüfstand. Spätestens mit der Überprüfung der Grenzwerte für PKW 2026 und der Grenzwerte für LKW und Busse in 2027 besteht also noch eine Chance für realistische und ideologiefreie Politik. Entscheidend wird dafür ein deutliches Signal bei den anstehenden Europawahlen gegen die grünlinke Verbotsideologie, die diese beiden Gesetze geprägt hat.“

Hintergrund:

Am 14. Februar 2023 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung und Stärkung der CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge (HDVs), wobei der Anwendungsbereich auf Busse und Anhänger ausgeweitet und Berichtspflichten integriert wurden. Am 18. Januar einigten sich die Unterhändler von Parlament, Mitgliedstaaten und Kommission auf einen gemeinsamen Text. Für schwere Lkw über 7,5 t und Reisebusse hielten Rat und Parlament an den von der Kommission in ihrem Vorschlag festgelegten Reduktionszielen für 2030 (-45 %), 2035 (-65 %) und 2040 (-90 %) fest. Zusätzlich gilt weiterhin das Reduktionsziel 2025 von -15 %, welches bereits in der aktuellen Verordnung vorgesehen war. Für Stadtbusse wurde ein Null-Emissions-Ziel (-100%) bis 2035 festgelegt. Es gibt ein Zwischenziel von 90 % für 2030. Für Anhänger wurde der Kommissionsvorschlag von -7,5 % beibehalten und für Auflieger wurde der Zielwert von -15 % auf -10 % gesenkt. Gleichzeitig wird in das Typgenehmigungsgesetz eine Klausel eingefügt, die die Typgenehmigung von E-Trailern sicherstellt. Außerdem wurde vereinbart, dass die Kommission gebeten wird, bei der Überprüfung im Jahr 2027 die Einführung einer Methodik für die Zulassung schwerer Nutzfahrzeuge, die ausschließlich mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betrieben werden sowie die Berücksichtigung eines CO₂-Korrekturfaktors (CCF) zu prüfen. Die Überprüfungs-klausel wird außerdem eine Bewertung der Möglichkeit umfassen, eine gemeinsame EU-Methodik für die Bewertung und Berichterstattung über die CO₂-Emissionen neuer schwerer Nutzfahrzeuge über den gesamten Lebenszyklus zu entwickeln.

Nachdem die Trilog-Verhandlungen bereits beendet waren, hat Deutschland mit der Blockade des Gesetzes gedroht. Daher wurde in letzter Minute noch ein rechtlich nicht bindender Erwägungsgrund hinzugefügt, in der die Kommission aufgefordert wird innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten eine Methodik für die Zulassung schwerer Nutzfahrzeuge, die ausschließlich mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betrieben werden, vorzustellen. Dieser Erwägungsgrund ist allerdings nicht rechtlich bindend für die Kommission und stellt lediglich eine Bitte an die Kommission dar.

Aussagen von Bundesverkehrsminister Wissing über mögliche Fahrverbote

Zu den Aussagen von Bundesverkehrsminister Volker Wissing über mögliche Fahrverbote erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Wissing geht es um den Effekt und nicht um die Sache. Statt Panikmache und immer weiterer Zerstrittenheit der Ampel, braucht es endlich eine realistische Verkehrspolitik, die die notwendige Emissionsreduzierung bei steigender Transportleistung angeht. Dafür müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden Technologien nutzen. Der Ampel fehlt es an einem gemeinsamen Konzept und Einigkeit. Das hat sich jüngst auch wieder bei der Abstimmung über die Verschärfung der CO₂-Flottengrenzwerte für LKW und Busse im Europäischen Parlament gezeigt."

EU-Quecksilberverordnung: Überarbeitung und Verbot von Dentalamalgam

Das Europäische Parlament hat heute die Überarbeitung der EU-Quecksilberverordnung beschlossen. Dazu erklärt **Marlene Mortler (CSU)**, Berichterstatterin des Europaparlaments:

"Heute haben wir einen weiteren Schritt zu einer quecksilberfreien Zukunft gemacht. Die neue EU-Quecksilberverordnung stellt sicher, dass quecksilberhaltiges Zahnamalgam nur noch in medizinisch notwendigen Fällen angewandt werden darf. Dass dabei zwei Mitgliedstaaten eine Ausnahmeregelung erhalten, um die sozioökonomischen Folgen des Amalgamausstiegs abzuschwächen, ist sinnvoll. Das Verbot von Zahnamalgam darf nicht bedeuten, dass einkommensschwache EU-Bürger sich in diesen Ländern keine adäquaten Zahnbehandlungen mehr leisten können.

Außerdem dürfen quecksilberhaltige Lampen nur noch bis zum 30. Juni 2026 in Länder außerhalb der EU exportiert werden. Damit stellen wir sicher, dass in der EU bereits verbotene Produkte nicht in Drittstaaten verkauft werden und dort umweltschädliche Folgen haben können. Umwelt- und gesundheitspolitisch ist diese neue Verordnung ein wichtiger Fortschritt."

Marion Walsmann zur neuen Sprecherin von PKM Europe gewählt

Mit der Ernennung zum KMU-Beauftragten der EU-Kommission, beendet Markus Pieper sein Engagement im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe (PKM Europe). Der PKM Europe begrüßt daher Marion Walsmann als neue Sprecherin. Als Europaabgeordnete für

Thüringen und bisher aktives Mitglied des PKM Europe bringt sie weitreichende Erfahrung in mittelstandsrelevanter Gesetzgebung mit.

Markus Pieper hierzu: „Mit Marion Walsmann führt eine versierte Europapolitikerin den PKM gemeinsam mit Markus Ferber durch das letzte Quartal der noch verbleibenden Legislatur. Als PKM haben wir uns in den vergangenen fünf Jahren jederzeit aktiv in KMU-relevante Gesetzgebung eingebracht und trotz aller Schwierigkeiten viel erreicht. Mit Marion Walsmann bleiben Mittelstandsbelange auch weiterhin eine Priorität. Davon bin ich überzeugt.“

„Ich freue mich, gemeinsam mit Marion Walsmann den PKM Europe weiterhin gestalten und nach vorne bringen zu können. Mit ihrem langjährigen und steten Einsatz für kleine- und mittlere Unternehmen bringt sie die erforderliche Sensibilität und Erfahrung für das Fortkommen des PKM mit. Das Moment hin zu einer realitätsnahen europäischen Mittelstandspolitik und Verwaltungsreduzierung ist jetzt!“, so Markus Ferber.

Marion Walsmann hierzu: „Als Abgeordnete für das überwiegend mittelständisch geprägte Thüringen und als Sprecherin der ostdeutschen Abgeordneten in der CDU/CSU-Gruppe, sind KMU-Themen und mittelständische Perspektiven in europäischer Gesetzgebung ein Herzensanliegen für mich. Die anhaltende bürokratische Belastung muss aufhören und Unternehmen bestärkt werden! Das Rückgrat unserer Wirtschaft braucht endlich entsprechenden politischen Rückhalt. Dafür setze ich mich als Sprecherin des PKM stark ein.“

Haushaltsentlastung 2022

Das Europäische Parlament hat am 11. April über die Haushaltentlastung für 2022 abgestimmt. **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments, Berichterstatterin der EVP-Fraktion für die Haushaltentlastung der Europäischen Kommission für 2022 sowie Berichterstatterin für die Entlastung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) 2022, erklärt hierzu:

Zum Corona-Wiederaufbaufonds (Aufbau- und Resilienzfazilität, ARF):

"Wir verlangen mehr Transparenz der Endbegünstigten des Corona-Wiederaufbaufonds. Beispielsweise listet die Slowakei mit der Summe von 573 Millionen Euro ARF Geldern das Umweltministerium als Endbegünstigten auf. Wer die wirklichen Endbegünstigten sind, weiß niemand. Wir wollen wissen, wer die tatsächlichen Endbegünstigten von EU-Mitteln sind! Im Corona-Wiederaufbaufonds gibt es für manche Staaten wie Spanien, Italien, Frankreich oder Polen Milliardenbeträge zusätzlich zu den Kohäsionsgeldern, ohne dass dafür ausreichend qualitativ hochwertige Projekte in dem kurzen Zeitraum entwickelt und realisiert werden konnten. Kurz ausgedrückt: Massenweise mehr Geld fördert nicht unbedingt Qualität und Erfolg von Projekten."

Zu Missbrauch von EU-Geldern in Kriseninstrumenten wie dem Corona-Wiederaufbaufonds (ARF) und CRII (Corona Response Investment Initiative):

"Es gibt bereits zahlreiche Fälle in vielen Ländern bei denen EU-Gelder von Kriseninstrumenten wie dem Corona-Wiederaufbaufonds (ARF) und der Corona Response Investment Initiative (CRII) missbraucht worden sind. In Italien ist zum Beispiel vor einer Woche eine Kette von Fällen mit einem Gesamtvolumen von 600 Millionen Euro Betrug aufgedeckt worden, bei denen unter anderem auch Coronafonds betroffen waren. Die Europäische

Staatsanwaltschaft hat im Jahr 2023 233 mutmaßliche Betrugsfälle im Bereich ARF-Fonds aufgedeckt. Wir kritisieren, dass ein Teil der Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit mit EPPO verzögert oder verhindert."

Darüber hinaus brauchen wir mehr Transparenz bei Verträgen von NGOs mit der Kommission. Wir fordern die Kommission ausdrücklich dazu auf, dafür zu sorgen, dass Verträge mit NGOs und allen anderen Partnern keine politische und subversive Einmischung in die Gesetzgebungsprozesse beinhalten. Es sollte keine EU-Steuer Gelder geben für politische Aktionen, sondern nur für eine lebendige und konstruktive zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Weiterhin fordern wir die Kommission auf, in diesem Zusammenhang alle Verträge von NGOs zu überprüfen und dem Haushaltskontrollausschuss Bericht zu erstatten. Eine Ampelkoalition und die Linke versuchen Transparenz und ordnungsgemäße Verwendung von Steuerzahlergeldern zu verhindern, indem sie gegen diese Forderung nach mehr Transparenz gestimmt haben."

Zur hohen Fehlerrate bei Kohäsionsgeldern:

"Mich besorgt die vom Europäischen Rechnungshof identifizierte deutlich gestiegene Fehlerrate von 6,4% in der Kohäsion gegenüber 3,6% im letzten Jahr und die zeitgleich deutlich erst sehr spät realisierten Projekte. Die sogenannte N+3 Regel, die die Kohäsion ermöglicht Projekte in einem längeren Zeitraum zu realisieren, führte weder zu einer besseren Qualität noch zu einer Erhöhung der Realisierungsquote von Projekten. Sie ist insofern ein Misserfolg."

Zu Berichten des mutmaßlichen Missbrauchs von EU-Geldern durch Hamas:

"Wir sind besorgt über glaubwürdige Dokumentationen aus Israel und von der UN, wonach die Hamas EU-Gelder über unterschiedliche Vorgehensweisen missbraucht hat (Gebäude, Elektrizität und bezahlte Mitarbeiter). Es ist uns ein dringendes Anliegen, dass EU-Gelder tatsächlich bei der palästinensischen Bevölkerung in Form von medizinischer Versorgung, Wasser, Strom und Unterbringung ankommen. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen wie z.B. vertrauenswürdigen Partnern wie die WHO, UNICEF, den Roten Halbmond zu stärken und Kontrollen der UNRWA durch unabhängige Experten zu erweitern."

Zu Wahlkampfmanövern anderer Fraktionen:

Wir kritisieren scharf, dass die Ampelkoalition im Parlament mit den Linken versuchen, die Haushaltsentlastung für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen. Das schadet der Reputation des Parlaments und dem hohen Wert der Haushaltsentlastung. Persönliche Denunziationen und willkürliche Verdächtigungen gehören nicht in eine Haushaltsentlastung. Vor allem die Grünen sollten zunächst einmal den Belästigungsfall in ihrer eigenen Fraktion ansprechen und den zuständigen institutionellen Strukturen alle Informationen liefern.

Statement zum Verzicht von Markus Pieper auf das Amt des KMU-Beauftragten

Zum Verzicht von Markus Pieper auf das Amt des Beauftragten der EU-Kommission für kleine und mittlere Unternehmen erklären **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Markus Pieper wäre ein sehr guter KMU-Beauftragter der EU-Kommission gewesen. Sein jahrelanger Einsatz für kleine und mittlere Unternehmen haben ihn für diese Aufgabe prädestiniert.

Es ist höchst bedauernd, dass diese wichtige Ernennung von vier Kommissaren am Ende ihres politischen Mandats in der Kommission allein aus parteitaktischen Gründen in einer Form sabotiert wurde, die ihresgleichen sucht. Die Berufung des KMU-Beauftragten wurde leider zum reinen Wahlkampfthema. Insbesondere die Rolle von Kommissar Breton ist höchst zweifelhaft. Als zuständiger Kommissar hat er die Anliegen des Mittelstands und des Bürokratieabbaus in seiner fünfjährigen Amtszeit bestenfalls ignoriert. Bei seiner öffentlichkeitswirksam vorgebrachten Kritik ging es erkennbar nicht um die beste Besetzung des Amtes oder ein ordentliches Verfahren. Dass ausgerechnet er nun öffentlich von Kollegialität und Transparenz spricht, ist an Hohn nicht zu überbieten."

Annahme des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Das Europäische Parlament hat am 23. April die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts final bestätigt. Dazu erklärt **Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

„Mit den neue EU-Schuldenregeln kehren wir zu einer verantwortungsvollen EU-Haushaltspolitik zurück. Es ist an der Zeit, dass die Schuldenregeln endlich wieder zur Anwendung kommen. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt hatte zu viele Schlupflöcher und wurde nie richtig umgesetzt. Das neue Regelwerk schafft mehr Klarheit und stellt die Wirtschafts- und Währungsunion auf ein solides Fundament.

Wir haben die Lektionen aus dem Scheitern des alten Stabilitäts- und Wachstumspakts gelernt: Das neue Regelwerk ist pragmatisch, transparenter und ermöglicht im Krisenfall eine antizyklische Fiskalpolitik.

Es muss klar sein, dass eine normale Haushaltsplanung bedeutet, dass man auf eine ‚schwarze Null‘ hinarbeitet und nicht auf drei Prozent Defizit. Das Ausreizen der 3%-Defizit-Grenze muss der absolute Ausnahmefall bleiben. Man ist Staaten wie Frankreich und Italien mit diesem Regelwerk weit entgegengekommen. Jetzt kann man auch erwarten, das Paris und Rom sich ernsthaft mit dem Defizitabbau beschäftigen.

Die Staatsverschuldung in der EU hat sich auf sehr hohem Niveau eingependelt. Die Zeiten, in denen man zehnjährige Staatsanleihen zu unter einem Prozent platzieren konnte, sind vorbei. Schuldenmachen kostet wieder richtig Geld - das zeigt sich heute schon im Bundeshaushalt. Jetzt rächt sich, dass man das Dach nicht repariert hat, als noch die Sonne schien. Wir müssen zum Prinzip der Haushaltsdisziplin zurückkehren. Die neuen Regeln senden ein klares Signal an die Märkte, dass Europa sich des Problems annimmt.

Das neue Regelwerk steht und fällt mit seiner Umsetzung - der Europäischen Kommission kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Die Europäische Kommission muss die neuen Schuldenregeln strikt und unparteiisch vollziehen. Wenn die Kommission den Vollzug der Regeln wieder so schleifen lässt, wie in den vergangenen Jahren, ist das neue Regelwerk zum Scheitern verurteilt.

Enttäuscht bin ich davon, dass die Grünen das neue Regelwerk heute abgelehnt haben. Man kann nicht überall das hohe Lied der Nachhaltigkeit singen, nur bei den Staatsfinanzen alles schleifen lassen. Die Weigerung der Grünen die Notwendigkeit solider Staatsfinanzen überhaupt anzuerkennen, ist beschämend und einer Regierungspartei unwürdig.“

Neue Regeln zum Zahlungsverzug

Zur Abstimmung über neue Regeln im Fall von Zahlungsverzug am 23. April erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

“Die heute abgestimmten Vorschläge zum Zahlungsverzug und die damit verbundene Fixierung von Zahlungsfristen sind ein massiver Eingriff in die Vertragsfreiheit der Unternehmen. Natürlich muss so schnell wie möglich bezahlt werden - in Deutschland grundsätzlich spätestens nach 30 Tagen. Aber die Auswirkungen der nun beschlossenen Regeln können für die langwierig etablierte Finanzierungspraxis gravierend sein. Hierüber hätten wir mehr Klarheit gebraucht. Die Begriffsbestimmungen für "slow-moving goods" wie Bücher und Möbel sowie saisonale Waren mit noch zu erstellenden Leitlinien sind ungenau, rechtswidriger und schlichtweg praxisfern. Zukünftig würde man für jedes Produkt einzeln nachschauen müssen, welche Zahlungsfrist man dafür überhaupt vereinbaren darf. Bei Verträgen über mehrere Waren ist das Chaos programmiert.

Dazu würde nach Meinung der Parlamentsmehrheit eine neue Behörde hinzukommen, die den Zahlungsverkehr zwischen Unternehmen untersuchen kann. Rechtsstreitigkeiten aus verspäteten oder nicht eingegangenen Zahlungen gehören aber schon seit jeher vor das Zivilgericht. Wir erleben damit eine systemfremde Einmischung der Verwaltung in privatrechtliche Verhältnisse. Ich habe dem nicht zugestimmt!

Zu Recht lehnen 23 Mitgliedsstaaten den Vorschlag daher als unverhältnismäßig ab. Das heutige Ergebnis stellt einen unüberlegten Kompromiss dar und kann dem Anspruch einer besseren Rechtsetzung nicht gerecht werden.“

Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit

Zur Abstimmung am 23. April über den Bann von Produkten aus Zwangsarbeit vom europäischen Markt erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel:

“Produkte aus Zwangsarbeit haben in der EU nichts zu suchen. Die Verantwortung darf aber nicht ausschließlich bei den Unternehmen, die schon durch hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie bürokratische Auflagen sehr belastet sind, abgeladen werden.

Ebenso wie viele andere in dieser Legislatur verabschiedeten Gesetzespakete hat die Zwangsarbeitsrichtlinie das Potenzial ein bürokratisches Ungetüm, wie es im Buche steht, zu sein. Dank der EVP bleibt die Regelung realitätsnah und deutlicher schlanker, als im ersten Entwurf vorgesehen: Der Anwendungsbereich ist klar abgegrenzt, die Beweislastumkehr wird durch einen risikobasierten Ansatz ersetzt und insbesondere für die vielen KMU gibt es ausgefeilte Begleitungs- und Unterstützungsmaßnahmen.

In einer Zeit in der alle Zeichen darauf stehen sollten unnötige Bürokratie abzubauen und neue zu vermeiden, kommt die Regelung grundsätzlich zur falschen Zeit. Wir brauchen Entlastung anstatt Belastung. Da sämtliche früheren Entwürfe jedoch bei weitem schlechter waren, ist dies gemessen an den noch bestehenden politischen Realitäten dieses sich bald verabschiedenden Parlaments der beste aller ungünstigen Ansätze."

Abstimmung über Verpackungsverordnung

Das Europäische Parlament hat die neue EU-Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) beschlossen. Dazu erklären:

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Die neue Verpackungsverordnung ist ein gutes Beispiel für die Zeitenwende in der Umweltpolitik, die wir seit etwa einem Jahr erleben. Frans Timmermans, der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Kommission, hatte ein bürokratisches Monstrum vorgeschlagen, jetzt ist es ein gutes pragmatisches Umweltgesetz. Wir reduzieren Plastikabfälle, wir haben aber unsinnige Verbote wie das Verbot von Papiertütchen aus dem Text herausgenommen. Papier ist ein nachhaltiges Material aus nachwachsenden Rohstoffen. Plastik verschmutzt die Weltmeere, nicht Papier."

Hildegard Bentele (CDU), für die Verpackungsverordnung zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe im Umweltausschuss:

"Die Verpackungsverordnung betrifft eine Vielzahl von Materialien und Formaten, doch in der Verpackungswirtschaft herrschte zumindest Einigkeit darüber, dass eine Überarbeitung der Regeln dringend notwendig war. Es ist uns als CDU/CSU Gruppe gelungen, strukturelle Lösungen mit Augenmaß zu erarbeiten, die im Wesentlichen drei Ziel verfolgen: Erstens die Verminderung von wachsenden Verpackungsmüllbergen durch verbindliche Mehrweganforderungen und Minimalisierungsvorgaben, zweitens die Ausnahme von Formaten, die schlichtweg Sinn machen und drittens die Nutzung nachhaltiger Verpackungen. Das deutsche Mehrwegsystem ist ein Vorbild für Verpackungskreislaufwirtschaft, deshalb war es natürlich Unsinn, dass durch den Vorschlag der Kommission z.B. Bierkisten auf dem Prüfstand waren. Für die Zukunft haben wir etabliert, dass einheitliche und damit vergleichbare Lebenszyklusanalysen die Basis für weitere Diskussionen sind und nicht wie bisher individuelle Annahmen das große Ganze aus dem Auge verlieren."

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und EVP-Berichterstatterin der Stellungnahme des mitberatenden Industrieausschusses:

„Wir müssen Müll vermeiden und europaweit Rückgabe- und Pfandsysteme weiter ausbauen, um den immer größer werdenden Müllbergen Herr zu werden. Wir konnten erreichen, dass hochwertiges Recycling, wie es beispielsweise bei Verpackungen aus Papier oder Pappe der Fall ist, ebenso eine wichtige Rolle spielen muss wie Wiederverwendung. Dies berücksichtigt, dass es bereits gut funktionierende Recyclingsysteme in Deutschland gibt! Wichtig war für uns außerdem, dass unsere Brauer ihre Bierflaschen und Bierkästen weiterhin verwenden können. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission sah strenge Vorgaben für die Größe des Leerraums in Bierkästen vor, die eine Umstellung erfordert hätten. Starre Mehrwegquoten und pauschale Verbote von bestimmten Verpackungsformaten, wie sie z.B. für Zuckertütchen vorgesehen waren, habe ich hingegen immer abgelehnt. Hier gibt es nun einen Kompromiss, dass Zuckertütchen aus Papier weiter auf dem Markt gebracht werden können, andere Formate aus Plastik, wie die Kaffeesahne Kapsel,

jedoch nur noch zum direkten Take-Away-Verzehr oder bei besonderen hygienischen Anforderungen, wie in Krankenhäusern oder Altenheimen, erlaubt sind.“

Neue Luftqualitätsrichtlinie beschlossen

Am 24. April hat das Europäische Parlament der neuen Luftqualitätsrichtlinie für Europa zugestimmt. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion:

“Die EVP hat sich stets für realistische, wissenschaftlich fundierte Grenzwerte eingesetzt, die eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität ermöglichen, ohne unsere Wirtschaft zu gefährden. Trotz einiger Fortschritte bleibt der ausgehandelte Text hinter unseren Erwartungen zurück. Die neuen Grenzwerte für Luftschadstoffe gehen zu weit und missachten die Notwendigkeit einer differenzierten und flexiblen Herangehensweise.

Es ist paradox, wie widersprüchlich indes die Rolle der FDP bei möglichen Fahrverboten ist. Auf Bundesebene predigt sie von wirtschaftlichen Freiheiten; unter Leitung von Bundesverkehrsminister Wissing wird mit Fahrverboten gedroht, die es zu verhindern gilt. Gleichzeitig wird die Bundesregierung wohl im Umweltministerrat auf EU-Ebene für eine zu ambitionierte Luftqualitätspolitik und somit für Fahrverbote stimmen. Diese Inkonsistenz sorgt für Verwirrung und schadet der Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen.“

Annahme des Binnenmarkt-Notfallinstruments

Das Europäische Parlament hat am 24. April das Binnenmarkt-Notfallinstrument (“IMERA - Internal Market Emergency and Resilience Instrument”) angenommen. Dazu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

“Das Notfall- und Resilienzinstrument im Binnenmarkt ist mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Das ist wichtig, um eine Wiederholung der Fehler der COVID Krise zu vermeiden. Die Mitgliedstaaten und die Kommission müssen sich auf eine mögliche künftige Krise nun gemeinsam vorbereiten und mögliche Risiken frühzeitig erkennen. Insbesondere müssen sie die Liefer- und Dienstleistungsketten im Binnenmarkt offen halten, weil diese die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Sicherheit - auch im Krisenfall - bedeuten.

Es ist bedauerlich, dass es nicht gelungen ist, die Mitgliedstaaten dazu zu bringen, vorrangige Aufträge durch die Kommission zu unterstützen. Denn nach wie vor müssen wir davon ausgehen, dass in einem Krisenfall nicht ausreichend krisenrelevante Materialien wie z.B. Impfstoffe zur Verfügung stehen werden.

Deswegen müssen wir die Produktion und die Verteilung solcher krisenrelevanter Güter europaweit mit einem vorab bekannten, koordinierten Verfahren organisieren können.

Gelungen ist aber zumindest, die Idee einer digitalen Plattform für die Vereinfachung der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung voranzutreiben. Die Kommission wird ein EU-weites digitales System geschaffen, das es Unternehmen überall ermöglicht die Entsendung ihrer Arbeitnehmer digital, einheitlich und in der eigenen Sprache einzureichen.“

Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern

Das Europäische Parlament hat am 24. April die neue EU-Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit final beschlossen. Dazu erklärt **Dennis Radtke (CDU)**, sozialpolitischer Sprecher und Berichterstatter der EVP-Fraktion zur Plattformarbeit:

„Die Richtlinie ist ein echter ‚Gamechanger‘ für 28 Millionen Menschen, die über digitale Arbeitsplattformen ihr Geld verdienen. Scheinselbstständigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen und unzulänglicher Arbeitsschutz können effektiver bekämpft werden. Gleichzeitig stärken wir fairen Wettbewerb und hochqualifizierte Selbstständige. Wir schaffen mehr Transparenz beim Einsatz von Algorithmen und verbessern den Schutz der persönlichen Daten der Plattformarbeiter.“

Beschämend ist, dass sich ausgerechnet Deutschland und Frankreich im Rat bei dieser Richtlinie enthalten haben. Damit hat sich Bundeskanzler Scholz einmal mehr auf europäischer Ebene bis auf die Knochen blamiert und gezeigt, dass ‚Respekt für dich‘ nur ein leerer Wahlkampflogan war.“

Annahme des Net Zero Industry Acts

Das Europäische Parlament hat am 25. April den Net-Zero Industry Act final beschlossen. Mit diesem Gesetz soll ein Business Case für die industrielle Dekarbonisierung in Europa geschaffen werden. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

„Als EVP-Fraktion haben wir immer wieder betont, dass der Green Deal durch eine robuste industriepolitische Maßnahmen unterstützt werden muss. Der Erfolg des Green Deal hängt ganz maßgeblich davon ab, dass Industriepolitik und Klimaschutz gemeinsam gedacht und gemacht werden. Mit dem Net-Zero Industry Act haben wir nun ein Gesetz, damit der Green Deal Katalysator für die Herstellung neuer und sauberer Technologien in Europa werden kann.“

Die mit dem Net-Zero Industry Act eingeschlagene Richtung gilt es fortzusetzen. Die klaren Signale für mehr Wettbewerbsfähigkeit aus dem Europäischen Rat lassen darauf schließen, dass es nicht mehr nur CDU, CSU und EVP-Fraktion sind, die für diesen Weg eintreten. Europa braucht einen kohärenten Plan für Investitionen, konkrete Verbesserungen des regulatorischen Umfelds und bessere Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung. Die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit muss das Leitmotiv der EU für die kommenden Jahre sein.“

Fristverschiebung der Ratifizierung von Teilen der Medizinprodukteverordnung

Das Europäische Parlament hat am 25. April einer Frist-Verschiebung für die Rezertifizierung in einem Teilbereich der Medizinprodukteverordnung zugestimmt. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Bei Medizinprodukteherstellern findet ein stilles Sterben statt. Bereits jetzt fehlen in Kliniken lebensrettende Medizinprodukte. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in Europa Patientinnen und Patienten nicht versorgt werden können. Wir brauchen deshalb jetzt dringend mehr Tempo bei der Behebung der Probleme mit der Medizinprodukteverordnung. Es geht darum, Leben zu retten.“

Die Frist-Verschiebung für die Rezertifizierung von Invitro-Diagnostika ist ein wichtiger Schritt, löst das Grundproblem mit der Medizinprodukteverordnung jedoch nicht. Durch die überbordende Bürokratie durch die EU-Medizinprodukteverordnung schießen die Kosten für Innovation und Produktion von Medizinprodukten durch die Decke. Zahlreiche europäische Medizinproduktehersteller verlagern bereits ihre Produktion ins Ausland oder reduzieren wegen der horrenden Kosten für die (Re-)Zertifizierung ihr Angebot. Hier müssen wir dringend politisch weiter gegensteuern.“

Peter Liese (CDU), gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Es ist extrem wichtig, dass die Kommission erklärt hat, die Medizinprodukteverordnung substantiell zu ändern. Die Verordnung war notwendig, um zukünftige Skandale zu verhindern, aber die EU-Institutionen sind über das Ziel hinausgeschossen. Wir brauchen dringend eine Entbürokratisierung ohne Abstriche bei der Sicherheit. Sonst sind Menschenleben, zum Beispiel durch die Knappheit von Herzkathetern für Kinder gefährdet. Die Verschiebung der Fristen heute war nur ein kleiner Schritt. Wir brauchen in den nächsten Monaten einen sehr großen Schritt.“

Mein Mittelfranken

Ein Besuch auf dem Rieder-Hof

Kürzlich war ich zu Besuch auf dem Direktvermarkter Hof der Familie Rieder in Dettendorf. Es ist beeindruckend mit wie viel Leidenschaft und Fachwissen die Rieders ihren Betrieb führen. Ein Hof und eine Familie mit ganz viel Potential!

Mit der Direktvermarktung ihrer Produkte liegt die Familie im Trend. Laut einer Untersuchung der LfL vertreiben mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern ihre Produkte direkt. Das sind knapp 9.000 Höfe.

Meinen Respekt und meine Anerkennung für alle unsere Direktvermarkter. Und der Familie Rieder vielen Dank für die interessanten Einblick. Sche war's bei euch.



Vielen Dank für die Einladung und Organisation an Bürgermeister Christian von Dobschütz!

Upcycling, Nachhaltigkeit, Klimaschutz

Wie wird aus unserem Bioabfall eigentlich neue und reichhaltige Erde? Das habe ich mir kürzlich bei der AKG Agrar Kompost GmbH auf ihrer Anlage in Keidenzell zeigen lassen.

Hier wird aus den Bioabfällen von privaten Haushalten Kompost erzeugt, der in der Landwirtschaft als hochwertiger Dünger eingesetzt wird. In einer Abfallbiogasanlage werden außerdem verpackte und unverpackte Abfälle aus der Lebensmittelindustrie vergoren. Dabei entsteht Biogas, das auf der Anlage in nachhaltigen Strom umgewandelt und ins Netz eingespeist wird. Zudem wird die Abwärme im benachbarten Gewächshaus genutzt und das Gärprodukt als Flüssigdünger ebenfalls in der Landwirtschaft eingesetzt.

Hohe Expertise und praktisches Wissen gehen hier Hand in Hand!

Ich bin begeistert von diesem Unternehmen, das sich so positiv weiterentwickelt hat!

Jahresempfang der CSU Schnaittach

Die CSU Schnaittach hat zum traditionellen Jahresempfang geladen.

Ehrengast war in diesem Jahr meine liebe Kollegin Angelika Niebler, Europaabgeordnete für Oberbayern. Sie steht wie keine Zweite für Europa.

Wie immer war es eine gelungene und kurzweilige Veranstaltung. Meine Gratulation geht an die Vorsitzende Lisa Bezold und ihr Schnaittacher Team. Ich bin immer gern bei euch!



Neue fränkische Weinkönigin

Herzlichen Glückwunsch an Lisa Lehritter! Sie ist die 66. fränkische Weinkönigin. Seit vielen Generationen betreibt die Familie von Lisa Weinbau in Frickenhausen am Main im Landkreis Würzburg. Sie selbst hat internationale Weinwirtschaft studiert und arbeitet im Familienbetrieb mit.

Auch Mittelfranken war mit einer Kandidatin vertreten. Anne Gümpelein aus dem Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim brachte breites Fachwissen und eine sympathische Art mit. Die Unterstützung war riesig! Familie, Freunde und Bekannte waren mit vor Ort in Aschaffenburg.

Ich war Teil der Jury, die die neue Weinkönigin auswählen konnte. Fünf Stunden lang haben wir den Kandidatinnen gelauscht aber auch mit spannenden Fragen aus der Welt des Weines ausgefragt. Schlussendlich konnte sich Lisa durchsetzen und tritt ab sofort die Nachfolge von Eva Brockmann an, die mit ihrer Wahl zur Deutschen Weinkönigin Ende letzten Jahres ihre Krone abgeben hatte.

Jetzt heißt es: Den Frankenwein in ganz Deutschland und auch weltweit vertreten und als Markenbotschafterin aktiv sein.

Erlebnis Bauernhof

Entdeckt die Vielfalt des Landlebens mit dem Programm "Erlebnis Bauernhof" in Bayern! Schüler erkunden anschaulich die Welt der nachhaltigen Landwirtschaft und lernen die Grundlagen unserer Ernährung kennen. Sie erleben hautnah, welche verantwortungsvollen Aufgaben Bauern und Bäuerinnen jeden Tag erfüllen. Gleichzeitig erhalten sie Einblicke in Umweltfragen, gesunde Ernährung und nachhaltige Energienutzung. Ein Programm, das nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch praktisches Handeln und vernetztes Denken fördert. Zusammen setzen wir ein Zeichen für mehr Wertschätzung für regionale Lebensmittel und die Arbeit unserer Landwirte!

Kinder aus Grundschulen (2. bis 4. Klasse), Förderschulen aller Stufen, Deutschklassen sowie Schülerinnen und Schüler von Mittelschulen, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien in Bayern haben die Möglichkeit, kostenfrei an einem spannenden Lernprogramm auf einem Bauernhof teilzunehmen. Landwirtschaftliche Betriebe können dieses Programm anbieten, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Zu den genauen Anforderungen der Betriebe gibt es unter der Homepage: www.stmelf.bayern.de.

Action, Gesellschaft, Familie - Das alles ist das Nürnberger Volksfest!

Am 30. März wurde mit dem Bieranstich durch Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König und dem traditionellen Festzug das Frühlingsfest eröffnet. Dort konnte bis zum 14. April gelost, gefahren und gegessen werden.

Wüsstet ihr, dass wir in Nürnberg das zweitgrößte Volksfest Bayerns und eines der 10 größten Volksfeste Deutschlands haben? Und auch eines der sichersten! Durch einen Sicherheitsstandard, der über das geforderte Mindestmaß hinausgeht. Das belegen die Zahlen der Sicherheitsdienste seit Jahren!

Fachgespräch Landwirtschaft mit Manfred Weber und Stefan Köhler

Alpaka streicheln und über Landwirtschaft sprechen: Letzte Woche lud mein EU-Kollege und Partei- und Fraktionsvorsitzender der EVP, Manfred Weber, zu einem Europa-Fachgespräch über Landwirtschaft in Niederbayern ein.

Bevor wir fachlich „eintauchten“ konnten wir uns den tollen Alpakahof der Familie Schreiber zusammen mit der Chefin Sonja Schreiber anschauen. Was für schöne Tiere!



Nachdem die laufende Legislaturperiode des EU-Parlaments in wenigen Wochen endet, haben wir gemeinsam auf die letzten 5 Jahre geschaut: COVID-Pandemie, Angriffskrieg gegen die Ukraine oder auch die Diskussionen zur Migrationsfrage, Klimaerwärmung und Kriminalität. Wir haben in der letzten Legislaturperiode vieles erreicht und darauf können wir mit einem guten Gefühl zurückblicken! Danke für die Einladung und die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren lieber Manfred!

In Bayern sind unsere Bauern nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde! Ohne sie hätten wir keine Nahversorgung und damit keine Ernährungssicherheit! Ob Holzbiomasse, Pflanzenschutzgesetz, Flächenstilllegung usw. Ohne unseren hohen Einsatz hätte es weitere Verschärfungen und Verbote gegeben! Keine andere Partei hat für unsere Bauern gekämpft!

Doch der Blick ging auch in die Zukunft! Stefan Köhler, der Bezirkspräsident des Bayerischen Bauerverbandes aus Unterfranken kandidiert für die anstehende EU-Wahl als unser Agrarexperte. Sein Einführungsstatement und seine Ziele sind vielversprechend!

Gemeinsam für eine starke EU

Das Café der Erlanger Seniorenunion stand vor einigen Wochen ganz im Zeichen Europas. Unserer CSU-Spitzendkandidat aus Mittelfranken, Dr. Konrad Körner erklärte seine Vision einer Europäischen Union der Zukunft.

Für die kommende EU-Wahl habe ich für jeden einen ganz klaren Aufruf: alles Extreme taugt nichts, weder Linksextremismus noch Rechtsextremismus. Alles Extreme führt uns in den Abgrund!

Wir müssen uns alle die Frage stellen: Wovon wollen wir in Zukunft hin? Wir haben den größten gemeinsamen Binnenmarkt der Welt. Er ist unersetzlich und ein Garant für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Forschungsinnovation, weniger Staat + mehr Freiheit sind die Treibfedern für eine gute Zukunft! Sorgen wir für die nötigen Mehrheiten bei der Europawahl im Juni. Wir haben es in der Hand!

Kreisvorsitzendenkonferenz AG ELF

Ein konstruktiver und interessanter Austausch! Im März fand in München die Kreisvorsitzendenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten statt.

Als Landesvorsitzende habe ich meine Kollegen in die CSU-Landesleitung eingeladen um zusammen mit Petra Högl, MdL, über aktuelle Themen aus Brüssel, Berlin und Bayern zu berichten. Der Gesprächs- und Diskussionsbedarf war groß. Ob Wassermanagement, die Zukunft von Tierhaltung, die Entwicklung bei den Schlachthöfen, den Pflanzenschutzmitteln und Messstellennetze bis hin zu Fischottern. Ich bin und war begeistert von der hohen Expertise und dem fruchtbaren



Austausch. Und unser CSU-Listenkandidat für die EU-Wahl Stefan Köhler wurde als „Kandidat für die Landwirtschaft“ vorgestellt.

Auch wenn für mich die politische Zeit im EU-Parlament in einigen Wochen endet, so bin ich weiter für die AG ELF als Landesvorsitzende aktiv! Mein Engagement für die Themen Landwirtschaft, Ernährung und Forsten wird weiter voller Kraft und Power sein!

Hallo KI?!

Am Handy, im Haushalt oder auf Arbeit - Künstliche Intelligenz ist in unserem Alltag immer mehr präsent. Es wird das Megathema der nächsten Jahre. Denn es bringt Hoffnung und Ängste gleichermaßen. Im Industriemuseum Lauf läuft bis 20. Oktober 2024 die Ausstellung „Hallo KI?! Leben und Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz“ und die habe ich mir zeigen lassen.

Die Ausstellung gibt Denkanstöße und lädt zu Diskussionen ein. Zum Beispiel zu dem generierten Bild von Barack Obama und Angela Merkel, die am Strand im Meer hüpfen. Denn so wie auf dem Foto zu sehen, gab es noch kein Treffen der beiden.

Auch die Bereiche Popkultur, Arbeitsplatz und Smart-Home werden zu KI beleuchtet. Langweilig wird es nicht, denn einzelne Bereiche werden über die gesamte Laufzeit angepasst und immer wieder ergänzt. Für Grundschulen und Horte (1.-4. Klasse) gibt es ein eigenes Programm.

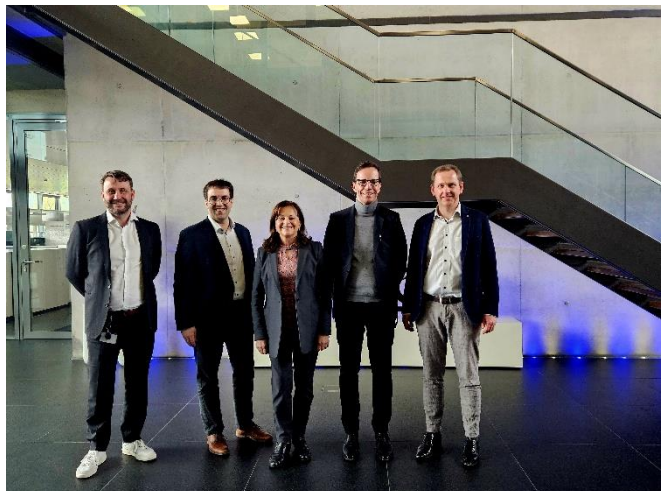


Herzlichen Glückwunsch an Dr. Müller und ihr ganzes Team!

Bürokratie hemmt Innovation

Wer den Namen Fujifilm hört, denkt zunächst an Fotofilme von früher. Doch aus dem einstigen Filmhersteller ist ein globaler Hightech-Konzern hervorgegangen. Davon konnte ich mich gemeinsam mit dem Beauftragten für Bürokratieabbau, Walter Nussel MdL, sowie dem mittelfränkischen CSU-Kandidaten für die Europawahl, Dr. Konrad Körner, bei einem Termin vor Ort überzeugen.

Ein Thema, das uns alle beschäftigt: Bürokratieabbau!



Immer mehr binden politische Rahmenbedingungen durch praxisfremde Vorgaben aus der EU-Kommission und der Bundesregierung zu viele Kräfte in überbordende Bürokratie. Diese sollten besser in innovative Zukunftsideen gesteckt werden!

Mehr Zutrauen statt Misstrauen! Mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung! Das ist unsere Antwort für eine gute Zukunft! Ein Unternehmen, das 140 Beschäftigte hat und davon 14 Kräfte mit (De)Regulierung gebunden sind, sagt alles! Eine Produktqualität von 99,96% sagt doch alles über dieses vorbildliche Unternehmen!

Warum sind die Wahl und der Euro wichtig?

Bei der EU-Wahl können wir alle gemeinsam über die Zukunft der Europäischen Union entscheiden und mitmischen. Und zur EU gehört der Euro! Die zweitgrößte Währung der Welt hat uns in dieser Zeit von Wechselkursschwankungen verschont und den EURO stark gemacht. Bereits seit 30 Jahren ist der gemeinsame Binnenmarkt eine Erfolgsgeschichte! Deshalb werden wir unseren Wohlstand weiter sichern!



Noch mehr EU-Themen waren Teil des parlamentarischen Brunchs der IG BCE Bezirk Nürnberg, der Gewerkschaft für Bergbau, Chemie und Energie. 8.000 Mitglieder hat die Gewerkschaft im Bezirk Nürnberg, dazu zählen Beschäftigte aus den Bereichen Pharma, Sportartikel, Kosmetik, Chemie, Kunststoff, Papier und technische Keramik.

Nach meinem Vortrag gab es gute und engagierte Fragen von interessierten Frauen! Ich bin begeistert von so viel Offenheit und Beweglichkeit! Bitte mehr davon! Wir haben die Zeit für Networking jedenfalls gut genutzt!

Herzensangelegenheiten

Lasst uns unsere Stimmen nutzen

Die Europawahl steht vor der Tür und wir dürfen nicht zulassen, dass sie zur reinen Protestwahl verkommt. Ja, Frust und Verärgerung über das, was auf Bundesebene passiert, sind verständlich. Doch jetzt ist es an der Zeit, unsere Stimmen zu erheben und für eine positive Veränderung einzutreten.

Ein Novum bei dieser Wahl: Auch 16-Jährige dürfen wählen! Lasst uns dafür werben und gemeinsam für Europa eintreten.

Trotz der vielschichtigen Krisen und Probleme hat Europa einen guten Job gemacht. Vom Brexit über die Corona-Pandemie bis hin zur Beschaffung von Impfstoffen und der Unterstützung im Ukraine-Krieg - die EU zeigt, dass sie handlungsfähig ist und für ein geeintes Europa eintritt.

Lasst uns unsere Stimmen nutzen, um diese Botschaft zu unterstützen und gemeinsam für unsere Zukunft einzustehen!

Junge Union in Brüssel

Im März besuchten einige Mitglieder der Jungen Union das EU-Parlament in Brüssel. Nicht mal 80 Tage vor der Europawahl macht sich unsere Junge Union aus Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für Sicherheit und Wohlstand in und für Europa stark und tauscht sich mit Delegierten aus. Für eine demokratische Zukunft!

Mit dabei auch unser mittelfränkischer CSU-Spitzenkandidat Konrad Körner für die EU-Wahl und mein Kollege und Landesvorsitzender der JU Bayern und Spitzenkandidat für die Oberpfalz Christian Doleschal. Mittendrin meine zwei Praktikanten Antonia und Daniel.

Gespräch mit ungarischer KDNP-Delegation

Am 20. März ging es mit vielen Terminen in den Tag - Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung kam zusammen und ich habe mich zum Gespräch mit der ungarischen KDNP-Delegation getroffen. Die deutsch Christlich-Demokratische Volkspartei bildet seit 2010 im Koalitionsbündnis mit Fidesz die Regierung in Ungarn.



Wir haben uns Zeit genommen um über die Position und die aktuelle Rolle von Ungarn in der EU zu sprechen. Wie ist die Rolle der KDNP als Mitglied der Regierung und wie ist der Draht der EVP nach Budapest. Wir waren uns einig, dass die Menschen in Ungarn mit die gastfreundlichsten weltweit sind!

Die Frage "Wie stehen wir zu Orbán?" haben wir auch intern diskutiert. Genauso die Frage, was wir als Abgeordnete und Privatpersonen tun können, um den Kontakt zu Ungarn wieder enger zu knüpfen. Den Termin hat mein Kollege Györgyi Hölvényi organisiert. Mit dabei Michael Winzer (KAS-Direktor), Gábor Halmai (Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Veszprém) und Gábor Csaba Kiss (Bürgermeister der Gemeinde Szentpéterszeg und Vorsitzender des KDNP-Kreisverbandes).

Welt-Down-Syndrom-Tag am 21. März

Am Welt-Down-Syndrom-Tag stehen wir zusammen, um die einzigartige Vielfalt und die kostbaren Talente von Menschen mit Down-Syndrom zu feiern. Europa steht dafür, Toleranz zu leben, Vielfalt zu schätzen und Inklusion zu fördern.

Am 21. März erinnern wir uns daran, dass jeder Mensch das Recht auf Würde, Respekt und

gleiche Chancen haben soll. Als Gesellschaft müssen wir weiterhin daran arbeiten, Barrieren abzubauen und die Rechte von Menschen mit Down-Syndrom und anderen Behinderungen zu schützen.

Treten wir für eine Welt ein, in der jeder Mensch sein volles Potenzial entfalten kann, unabhängig von seinen Fähigkeiten oder Unterschieden.

Tag der Hauswirtschaft am 21. März

Waschen, putzen, kochen - Hauswirtschaft ist weit mehr als nur das!

Der Tag der Hauswirtschaft soll uns ins Bewusstsein rufen, dass die Hauswirtschaft ein Eckpfeiler unserer Gesellschaft ist! Hauswirtschaftliche Fachkräfte unterstützen Familien, Senioren - insbesondere auch im landwirtschaftlichen Umfeld. Die Hauswirtschaft verdient unsere Anerkennung und Wertschätzung, nicht nur an diesem Aktionstag, sondern das ganze Jahr über. Wir sollten die Hauswirtschaft als einen Berufszweig anerkennen, der Fachkompetenz, Kreativität und Organisationstalent erfordert!

Es ist wichtig, in die Ausbildung und Weiterbildung von hauswirtschaftlichen Fachkräften zu investieren, um sicherzustellen, dass sie den stetig wachsenden Anforderungen gerecht werden können. Der Tag der Hauswirtschaft ist eine Gelegenheit, um die Leistungen der Hauswirtschaft zu würdigen und das Bewusstsein für ihre Bedeutung zu schärfen.

Bessere Bedingungen bei Tiertransporten

Bessere Bedingungen bei Tiertransporten!

- Mehr Platz in den Fahrzeugen
- Kürzere Transportzeiten
- Temperaturgrenzen

Ende März wurde im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Ausschuss für Verkehr und Tourismus über bessere Bedingungen bei Tiertransporten diskutiert. Nach unserer intensiven Arbeit im Sonderausschuss ANIT hat nun die EU-Kommission ihren Vorschlag dazu vorgestellt. Für den Tierschutz beim Transport sind nicht nur einheitliche Regeln ausschlaggebend, sondern die einheitliche Um- und Durchsetzungen in den Mitgliedstaaten!

Leider wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich sein, den Vorschlag ausgiebig zu diskutieren und abzuschließen. Deshalb werden wir uns auch in der nächsten Legislatur für verbesserten Tierschutz einsetzen! Technische Möglichkeiten und vernetzte Systeme müssen dann eine größere Rolle spielen.

Für ein starkes und geeintes Europa

Es ist unser erfolgreiches Friedens- und Wohlstandsprojekt, das uns allen zugutekommt. In der Europäischen Union können wir innerhalb des Rechtsrahmens frei sagen und tun, was wir wollen.

Doch was brauchen wir für die Zukunft? Es ist an der Zeit, mehr in Sicherheit zu investieren und gemeinsam an einer optimistischen Vision zu arbeiten. Als Europäer können wir alles erreichen, wenn wir zusammenhalten und Verantwortung übernehmen.

Gemeinsame Sicherheit ist der Schlüssel, und wir haben bereits viele wichtige Initiativen in diese Richtung angestoßen. Lasst uns weiterhin für ein starkes und geeintes Europa eintreten, in dem jeder sein volles Potenzial entfalten kann und wir Frieden sichern!

Bessere Bedingungen für Haustiere

Beamte der Bundespolizei Bayern haben vor Kurzem bei der Kontrolle eines Reisebusses an einer Grenzkontrollstelle 18 Babykatzen der Rasse Scottish Fold gefunden. Die Tiere waren um die 10 Wochen und somit viel zu jung für den Transport. Sie hatten keine gültigen Papiere und auch nicht den notwendigen und vorgeschriebenen Impfschutz. Sowa darf nicht passieren!

Leider gibt es immer 2 Seiten: Die skrupellosen illegalen Züchter und die privaten Abnehmer. Ich plädiere für eine Chip- und Registrierungspflicht von Heimtieren. In Belgien gibt es so eine Pflicht bereits und es wird Zeit, dass die EU als Ganzes mitzieht!

Heimische Energie und regionales Essen geben Sicherheit!

Unsere CSU hat gekämpft, kämpft und wird weiterhin kämpfen. Mit dem brutal geführten Krieg in der Ukraine ist es uns erst so recht bewusst geworden. Die eigene Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie ist und wird ein hohes GUT!

Wir haben zusammen mit der CDU und der EVP-Fraktion dafür gekämpft, dass Abfallholz auch weiterhin für wohlige Wärme aus regionalen Rohstoffen sorgt! Als nachhaltiger Baustoff ist Holz ein Tausendsassa, auch für unser Klima.

Wir befürworten einen vielfältigen Mix an erneuerbaren Energien. Und wir wollen gute Ackerflächen intelligent bewirtschaften statt stilllegen.

Freiwilligendienst in Paraguay

Ein ganzes Jahr am anderen Ende der Welt, um Kindern zu helfen.

Dieser Herausforderung hat sich Laura Friedrich gestellt. Im Rahmen eines Freiwilligendienstes, der vom evangelischen Gustav-Adolf-Werk organisiert wird, verbringt sie ein Jahr in einem Kinderdorf in Asunción (Paraguay). Das Gustav-Adolf-Werk entsendet jährlich im Sommer sozial engagierte und entwicklungspolitisch interessierte junge Frauen und Männer zwischen 18 und 28 Jahren zu einem freiwilligen Dienst in soziale Projekte ihrer Partnerkirchen und deren Gemeinden im Ausland.

Ich unterstütze den Internationalen Freiwilligendienst und freue mich deshalb ganz besonders in diesem Zusammenhang heute Laura - eine mutige und engagierte junge Frau - und ihren Einsatz näher vorzustellen zu dürfen:

Für Laura ging es Mitte August mit dem Flugzeug in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires. Gemeinsam mit anderen Freiwilligen wurde sie zwei Wochen speziell auf ihren Einsatz vorbereitet, wobei das Erlernen bzw. Intensivieren der spanischen Sprache sowie kulturelle Aspekte im Vordergrund standen. Nach der Vorbereitung stand die Fahrt in das Kinderdorf an. Dies ist dafür da, Kindern, deren Eltern die Fürsorge entzogen wurde, auf unbestimmte Zeit ein neues Zuhause zu geben. Zuneigung, Geborgenheit, Sicherheit und Bildung stehen dabei im Mittelpunkt. Laura ist hier eng in die Projekte und die tägliche Arbeit eingebunden. Dazu gehört das Durchführen von Workshops genauso wie die Organisation von Freizeitaktivitäten wie beispielsweise ein Besuch im Schwimmbad oder gemeinsames Kochen und Malen.

Ein Einsatz von Laura, der viel Anerkennung verdient! Sich in ein fremdes Land, weit weg von der Heimat zu begeben, entfernt von der eigenen Familie ist eine Herausforderung. Aber Laura hat sie super gemeistert und sich mit vollem Einsatz für die Kinder vor Ort eingesetzt!

Frauen gegen Extremismus

Wir Frauen in der CSU wollen gemeinsam ein deutliches Zeichen für eine Politik für die Menschen in der Metropolregion Nürnberg setzen und distanzieren uns klar von Extremismus jeglicher Art.

Wir setzen uns ein:

- für eine Politik für die Menschen und das Wohl von allen. Wir stehen für ein freiheitliches Gesellschaftsmodell, das Unterschiede zulässt und Teilhabe für alle mit den gleichen Rechten und Pflichten gewährleistet.
- für den Schutz der Würde des Menschen. Menschen dürfen nie Objekte einer Ideologie werden, sondern müssen Akteure ihres Lebens bleiben. Denn die Würde des Menschen ist und bleibt immer unantastbar.
- für die Freiheit der Menschen und für wertschätzende Sprache. Politik und Staat haben keine Lebensentwürfe zu verordnen, sondern Freiheit zu ermöglichen.
- für Chancen und Teilhabe für alle. Wir wollen nicht gleichmachen, sondern jeden unterstützen, sein Leben zu gestalten. Wer sich nicht selbst helfen kann, der kann sich auf die Solidargemeinschaft und die sorgende Gesellschaft verlassen.
- für die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft durch Innovation, Technologie und Fortschritt, für gleiche und beste Bildungschancen für alle Kinder, berufliche Perspektiven für alle Begabungen, für Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.
- für die Wertschätzung für Mittelstand, Handwerk und Unternehmertum, Forschung und Entwicklung.
- für eine moderne Verkehrspolitik für alle Mobilitätsformen.
- für die Ermöglichung von verschiedenen Familienentwürfen, die Stärkung von Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit - diese müssen von uns allen in einer Verantwortungsgemeinschaft getragen werden.
- GEGEN Extremismus jeglicher Art.

Besuch bei der Stadtmission Nürnberg

Seit vielen Jahren schon ganz oben auf meiner Termin-Wunsch-Liste: Ein Gespräch mit der Stadtmission Nürnberg. Sie gehört zur Diakonie und ist Teil der Evangelischen Kirche in Bayern.

Warum?

In den letzten Jahren habe ich viel Zeit an Bahnhöfen, vor allem am Bahnhof Nürnberg, verbracht. Bahnhöfe sind sozialer Brennpunkt, weshalb die Stadtmission hier die Bahnhofsmision unterhält, um auch sozial schwachen Menschen einen verlässlichen Anlaufpunkt zu bieten.

Im Gespräch mit Vorstandsvorsitzenden Kai Stähler und Björn Bracher habe ich erfahren, dass die Bahnhofsmision ursprünglich im Zeitalter der Industrialisierung entstand. Zielgruppe damals: Frauen vom Land. Um sie davor zu bewahren, auf die schiefe Bahn (Arbeitslosigkeit, Prostitution, etc.) zu gelangen. Heute ist es sie Anlaufstelle für Alle, die Rat und Hilfe brauchen. Letztlich gibt es nichts, wonach nicht gefragt wird. Die Zahl der willenslosen Menschen nimmt auf der anderen Seite zu.

Als Christin bin ich von der Wichtigkeit der Arbeit der Diakonie überzeugt und trage die gleiche Mission in mir: „Dient einander, ein jeder mit den Fähigkeiten, die ihm Gott geschenkt hat.“ – 1. Petrus 4,10.

Wenn Sie den Gedanken in sich tragen, ob Sie ehrenamtlich Anderen Ihre Zeit schenken wollen, informieren Sie sich gerne über die Angebote der (Diakonie Nbg) - neben der Bahnhofsmision gibt es rund 70 Einrichtungen und Gesellschaften die die Stadtmission als Sozialunternehmen in der Region unterhält.

Werde Wahlhelfer bei der EU-Wahl

Lebendige Demokratie lebt von der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Am 09. Juni ist Europa-Wahl und ohne helfende Hände wäre es nicht möglich, eine so wichtige Wahl durchzuführen. Es braucht Menschen wie Euch, damit unsere demokratische Wahl gut und sicher ablaufen kann.

Meldet Euch deswegen jetzt bei Eurer Gemeinde oder Stadt und werdet ehrenamtlicher Wahlhelfer!

Eine tolle Frau schlägt neue Wege ein

Im Brüssel durfte ich meine liebe Kollegin Barbara Thaler verabschieden. Sie war für mich eine wichtige Ansprechpartnerin im TRAN, dem Ausschuss für Verkehr und Tourismus. Eine

tolle Frau voller Tatendrang, die ihre Arbeit immer ernst nimmt und genau weiß, worauf es ankommt.

Diese Qualitäten wird sie sicherlich mit ebenso viel Herzblut in ihrer neuen Rolle als Präsidentin der Wirtschaftskammer Tirol einbringen.

Danke für die konstruktive Zusammenarbeit, Barbara!

Eröffnung des Sophie-Scholl-Gebäudes

Sophie Scholl - Eine bayerische Widerstandskämpferin der Weißen Rose. Sie hatte den Mut sich zur Zeit des Nationalsozialismus gegen das Regime aufzulehnen.

In ihrem Gedenken wurde ein Gebäude des Europäischen Parlaments umbenannt. Es war mir eine Ehre bei der feierlichen Enthüllung durch den EVP-Vorsitzenden Manfred Weber und die Präsidentin des Europarlaments Roberta Metsola dabei sein zu dürfen. Zum einen handelt es sich bei dieser Namensgebung um ein Gedenken an den



Widerstand und zum anderen um ein starkes Zeichen der Demokratie. Denn in diesem Gebäude wird europäische Politik und Demokratie tagtäglich gelebt.

Fair Trade Frühstück

Ein letztes Mal für diese Wahlperiode traf ich mich vor Kurzem mit Kolleginnen und Kollegen zum Fair Trade Frühstück. Diesen Rahmen haben wir genutzt, um die letzten fünf Jahre unserer Zusammenkünfte Revue passieren zu lassen.

Mein Anliegen bei Fairtrade ist es, dass die Fairness bereits bei den Landwirten anfängt - weltweit - und nicht erst im Handel. Was mir darüber hinaus besonders wichtig ist und daher ein Tipp für die Zukunft: Bei einem solchem Fairtrade-Frühstück sollten sich doch auch tatsächlich Fairtrade-Produkte auf den Tellern und in den Tassen aller Anwesenden befinden. Dies würde meiner Ansicht nach die gute Glaubwürdigkeit durchaus verstärken. Unser Vorsitzender, Bernd Lange, will den Vorschlag aufgreifen.



Lesenswert

EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Meine 1. Europawahl

Lesen Sie in dieser [repräsentativen Umfrage](#) der Konrad-Adenauer-Stiftung über die europapolitischen Einstellungen von Erstwählerinnen und Erstwählern.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.